

Saale-Zeitung.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise aber beim Raum mit 30 Pfg., solche mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von untern Annoncenstellen und allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Retouren die Seite 75 Pfg. Erscheint wöchentlich dreimal, Sonntag und Montag ausgenommen, sonst zweimal täglich. (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis

Im Halle vierteljährlich 2,50 M., bei postmöglicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im antientlichen Zeitungs-Verzeichnis unter Nr. 6816 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle. Durchschnitt von 10% bis 12%, Hr. (Hauptredaktion Nr. 2532. - Expedition Nr. 176.)

Stetsmündlichste Jahrgang.

Nr. 242.

Halle a. d. Saale, Dienstag, den 26. Mai

1903.

Saale-Zeitung

Die gegenwärtige, politisch so bewegte Zeit, und insbesondere die bevorstehenden Reichstagswahlen machen für jeden Gebildeten die Lektüre einer würdigen und redigierten, großen Tageszeitung unbedingt erforderlich, denn nur eine solche vermag allen Anforderungen zu genügen, welche man bei den heutigen Zeitverhältnissen zu stellen berechtigt ist. Die Saale-Zeitung ist die größte 2 mal täglich erscheinende politische Tageszeitung liberaler Richtung für ganz Mitteldeutschland und durch Jahrzehnte hindurch als ein vorzüglich geleitetes ernsthaftes politisches Blatt bekannt, empfiehlt sich also von selbst zum Abonnement. Durch die Post bezogen kostet die Saale-Zeitung monatlich 1,09 M., in Halle durch die Expedition und Zustreicher monatlich 85 Pfennige bei täglich einmaliger und 1 M. bei zweimaliger Zustellung.

Probeabonnements für den Monat Juni bitten wir zu bestellen. Bei fortiger Bestellung liefern wir die noch im Mai erscheinenden Nummern gratis.

Weiter empor.

Die erfreuliche Wendung zum Besseren, zu einem wenn auch langsamem so doch stetigen Emporgange unseres wirtschaftlichen Lebens, die wir vor Monatsfrist an Hand der Einnahmen der preussischen Staatsbahnen, der Nachweisungen über die Einnahmen an Böden und Verbrauchssteuern sowie der statistischen Feststellungen des neuen „Reichs-Arbeitsblattes“ für den März konstataren konnten, hat, wie aus dem neuerlich vorliegenden Material hervorgeht, auch im verfloffenen Monat angehalten. Ist der Fortschritt auch kaum nennenswert, so beweist doch gerade das Beharren auf dem neuerlich erreichten Niveau, daß die Belebung des Marktes nicht lediglich die Folge einer vorübergehenden hier oder da eingetretenen Verbesserung der Konjunktur ist, sondern einer Zunahme des Bedürfnisses auf fast allen Märkten zugescriben werden darf. Die jetzt vorliegenden Abschlüsse für den ersten Monat des laufenden Etatsjahres, den April, weisen deshalb auf allen Gebieten fast eine Steigerung der Einnahmen auf; die Zölle brachten, wie schon mitgeteilt, gegen den gleichen Monat des Vorjahres ein Mehr von nahezu 2 Millionen, die Zundersteuer ein solches von 3 Millionen, die Salzsteuer von 0,3 und die Brennmaterialverbrauchsabgabe von 0,7 Millionen Mark, ein Beweis, daß der Konsum, der ja ein Spiegelbild des Erwerbsebens und der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte ist, nicht unbedeutend stärker geworden ist. Und auch der Verkehr, ebenfalls einer der Faktoren zur Beurteilung des wirtschaftlichen Aufschlages des Landes, zeigt Zeichen, die sich von denen des Vergleichsmonats nicht unvortheilhaft abheben. Der Personen- und Gepäckerverkehr ergab im April eine Mehrerlöse von 3,386,000 Mark oder fast zehn Prozent, während der Güterverkehr sich um mehr denn 1 1/2 Millionen Mark oder 1,7 Prozent gehoben hat, Zahlen, die, wenn sie auch noch weit entfernt sind von jener Höhe, auf der sie vor vier und fünf Jahren standen, doch den unverkennbaren Charakter einer günstigeren Gestaltung der wirtschaftlichen Situation tragen und deshalb nicht unbeachtet gelassen werden dürfen.

Mit diesem Charakter überein stimmen auch die statistischen Nachweisungen, die die jenseitigen zweite Nummer des vom kaiserlich Statistischen Amt neu herausgegebenen Reichs-Arbeitsblattes enthält. Die Bewegung der Mitgliederzahl der Krankenkassen im April zeigt, daß die Arbeitslosigkeit gewachsen ist, denn sie weist am 1. Mai gegenüber dem Stande am 1. April in Preußen eine Zunahme von 40,926 männlichen und 10,623 weiblichen, insgesamt also von 51,549 Mitgliedern nach, während im März die Zunahme nur 44,271 Mitglieder betrug. Von dieser Zunahme entfallen auf die Krankenkassen des Regierungsbezirks Merseburg 1599 männliche und 887 weibliche oder zusammen 2486 Mitglieder, was gegen den März ein Mehr von 262 ergibt. Nicht viel, aber doch immerhin ein Plus, an dem die Stadt Halle allerdings nicht beteiligt ist, weil hier trotz der weiter unten noch absehensmäßig nachzuweisenden Besserung in der Eisen- und Maschinen-, sowie in der Textil-Industrie bei den Krankenkassen gegen den Vormonat ein Minus von 190 Mitgliedern zu verzeichnen war, ein Minus, das allerdings durch die Nachweisung der Fabrik- und Betriebskrankenkassen wieder ausgeglichen wird. Auf das ganze Reich angewendet, ergeben die Nachweisungen der Krankenkassen bei einer Zunahme von insgesamt 34,780 Mitgliedern gegen den März eine Erhöhung der Zahl der versicherten und deshalb zumeist auch beschäftigten Personen um 6530 Köpfe. Weniger günstig lesen sich die Nachweise der Ortskrankenkassen, die in Preußen im Vergleich mit dem Vormonat eine Zunahme von 3168 Mitgliedern (Reg.-Bez. Merseburg nur 76) zu konstataren vermögen. Im ganzen

Reich betrug die Zunahme 3313 Mitglieder, der Löwenanteil bleibt also bei Preußen.

Diese immerhin niedrigen Zahlen finden ihre Erklärung, wenn man die Statistik der Betriebskrankentassen betrachtet. Aus ihr ergibt sich nämlich, daß während im März die Besserstellung der wirtschaftlichen Situation in der Hauptstadt dem Kleinergewerbe zu gute kam und die großen Industrien eher eine Verleinerung des Beschäftigungsgrades erfuhr, das Verhältnis diesmal umgekehrt ist. Der April brachte der Bergwerks-Industrie sowohl wie der Eisen- und Maschinen- und endlich der Textil-Industrie einen wenn auch nicht erheblichen, so doch immerhin erfreulichen Aufschwung, von dem man nur wünschen kann, daß er auch für die Folge anhalten möge. Betrug die Zunahme der Mitglieder bei den Fabrikkrankentassen in Preußen im März nur 5447, so weist der April eine Vermehrung im Höhe von 9144 Mitgliedern, das ist ein Plus von 3697, nach, und hieran wiederum entfallen auf die Bergwerks-Industrie 589, auf die Eisen- und Maschinen-Industrie, die im März sogar ein Minus von 560 Arbeitkräften aufwies, hatte 3082, und auf die Textil-Industrie, die im März ebenfalls einen Abgang, und zwar in Höhe von 195 Köpfen, verzeichnen mußte, 1076 beschäftigte Personen. Die Provinz Sachsen ist an dieser Zunahme mit 74 Personen in der Bergwerks-, 296 Personen in der Maschinen- und Eisen- und 89 Personen in der Textil-Industrie beteiligt, während sie im März noch in allen drei Hauptindustrien eine nicht unbedeutende Abnahme der Arbeitskräfte zu verzeichnen hatte. Daß die Stadt Halle von dieser Besserung ebenfalls profitiert, ergibt sich daraus, daß der Arbeitsnachweis des Verbandes der Metall-Industriellen von Halle und Umgegend beschäftigungslos Arbeitende überhaupt nicht zu verzeichnen hatte, während allerdings — und hier tritt ein gewisser Widerspruch in den Nachweisungen zutage — der Nachweis des Vereins für Volkswohl erklärt, daß sich ein Arbeitermangel für Maschinenflößer und Dreher bemerkbar machte. Im ganzen Reich hatten die mehrmals genannten Industrien der Weisse nach eine Zunahme von 2063 resp. 4482 resp. 1696 beschäftigten Personen zu verzeichnen, der härtere Beschäftigungsgrad ist also auch hier bei der Maschinen- und Eisen-Industrie, woraus man hoffen kann, daß er demnach auch übergreifen wird auf die übrigen Industrien und wirtschaftlichen Berufe, soweit für sie die Maschine zu einer unentbehrlichen Hilfskraft geworden ist. Geht es den großen Industriezweigen besser, dann pflegt eine günstige Mitwirkung auch auf die Kleinindustrie und die sonstigen Erwerbseigenen nicht ausbleiben. Mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit bessert sich die Kaufkraft des Volkes und diese wiederum kommt allen der weitverbreiteten Zweigen unseres wirtschaftlichen Lebens zugute, von deren Gedeihen schließlich mehr oder weniger das Wohl des Staates abhängt.

Deutsches Reich.

Sch. u. Personalangelegenheiten.

* Für die Sommererziehung des Kaisers ist jetzt folgendes Programm aufgestellt worden. Am 17. Juni tritt der Kaiser mittels Sonderzuges in Kiel ein und bezieht sich an Bord seiner Yacht „Goholde“ nach Hamburg zur Teilnahme an der am 20. Juni stattfindenden Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmal. Hieran schließt sich eine Fahrt nach Rixhausen, wo der Kaiser der großen Ehrenstadt beiwohnen will. Am 21. Juni ummirt der Kaiser, davon an der großen „Rieser-Wald“ und tritt sofort nach Schluß die alljährlich Nordlandreise an. Diese soll angeblich in diesem Jahre so ausgedehnt werden, daß die Fahrt zwei Monate in Anspruch nehmen werde. — Nachdem die vorige Nordlandreise so rühmlich verlaufen ist, sind es nicht unwahrscheinlich, daß der Kaiser sie diesmal sogar noch ausdehnen darf.

* Die Kaiserin befindet am Sonntag mit dem Prinzen Joachim und der Prinzessin Viktoria Luise das Puthersche Lustbad in Potsdam.

* Im Hinblick auf die bevorstehende Diemannthagezeit des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz und seiner Gemahlin Augusta, geb. Prinzessin von Großbritanien, Tochter des Herzogs Adolf von Cambridge, hat der große Landesfürst eine Einladung erlassen, in der er auspricht, wie sehr er die Hochachtung sich darauf freut, hätte seine und seiner Gemahlin Anwesenheit auch nur eine Partei in fest begrenzter Zahl an dem schmerzlichen Zustand der Gesundheit des Großherzogs beteiligt werden. Das großherzogliche Paar dankt allen denjenigen, welche sich dieses Ansehens freudigst erheben. Das Paar wurde am 28. Juni 1903 getraut; der Großherzog lebt gegenwärtig im 84. die Großherzogin im 81. Lebensjahre.

* Der Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar und seine junge Gemahlin reisen von Wien demnächst wieder nach Schloß Schleierberg zurück und werden Ende dieser Woche zu einem kurzen Besuch auf der großherzoglichen Besitzung Macot im Kreise Köthen eintreffen. Von dort erfolgt am ersten Augustfest die Rückreise nach Weimar.

* Großherzog Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin wird sich im Laufe des nächsten Monats zu einem mehrtägigen Besuche bei seinem Großvater, dem Großfürsten Michael von Rußland, nach dem Kaiserhof begeben.

Der Fall Wrenberg

kommt noch nicht zur Ruhe. Erst hier es, der prinzipielle Gegensatz hätte im Gefängnis in Hannover in zwei jähliche gelebt, reichlich Alkohol, männlichen und sogar weiblichen Besuch erhalten, und die Gefängnisverwaltung bezieht sich, mitunter, daß sie eine strenge Unterordnung darüber eingeleitet habe, obwohl die Goldstücke des reichen Prinzen eine Verwahrung in der Disziplin ihrer Aufsicht herbeigeführt hätten. Dann hier es, der Prinz wurde alsbald das Gefängnis verlassen, da die Gefängnis-

Transtreit bei ihm unabweisbar festgesetzt sei. Das namhafte Verstehe sich für diese Tatsache verhalten, machte die Zweifel an ihrer Wahrheit zurücklassend. Aber geklärt war die Sache doch noch nicht. Ein Sommerfestes Blatt hielt an seiner Behauptung fest, der Prinz sei durchaus nicht gefesselt und teile gleichzeitig mit, er werde in die Privatkrankenanstalt Maison de santé in Schöneberg bei Berlin überführt. Das alles ist nur ein letzter Schritt auf dem Wege, der ihn aus dem Gefängnis in die Freiheit führe. Gung so liegen die Dinge denn doch nicht. Die „Post“ teilt zu der Sache heute mit:

Nachdem der im Gerichtsverfahren zu Hannover internierte Prinz Wrenberg durch Beschluß des dortigen Königl. Amtsgerichts wegen Gefängnisflucht am 11. d. M. inhaft worden ist, ist zwar vor einiger Zeit ein Antrag auf Lieberlassung des Entminnigten in eine geeignete Anstalt bei der zuständigen Behörde gestellt, doch ist hierüber, entgegen den ausstehenden Meldungen noch keine Entscheidung erfolgt, die dürfte indessen schon in Kürze zu erwarten sein. Was ferner die Wahl einer Anstalt anbelangt, so bezieht die Anstalt, daß der Prinz eventuell einer bestimmten Schichten der Anstalt befristet angehängt werden solle, auf einen Zeitraum; bei der sich als gemeingefährlich charakterisierenden Krankheit derselben kann überhaupt nur eine öffentliche, so g. gelöstene, nicht aber eine Privatkrankenanstalt in Frage kommen.

Zudem steht der Prinz, da die Feststellung seiner Gefängnisflucht nach seiner Verurteilung erfolgt ist, rechtskräftig auch als Straftäter zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt (die Strafe wird nur aufgeschoben), es nicht ein Wiederantritt in das Gefängnis eingeleitet ist. Daß das geschehen ist, hat man aber bisher noch nicht geklärt. Soweit geht aus alledem hervor, daß Helfer an der Arbeit sind, die auf jeden Fall eine Wiederholung der über den Prinzen verhängten Strafe durchzuführen wollen. Und darum hat die Öffentlichkeit ein Interesse daran, zu erfahren, ob der prinzipielle Name des Gefangenen ihn legitimiert sei es in der Gefängnisflucht, sei es in der Gefängnisflucht etwa in bezug auf die über ihm schwebende rechtskräftige Verurteilung infolge stellt als eben anderen Staatsbürger. Ist der Prinz gestraft — und diese Feststellung ist für jeden Mann und ohne lange Beobachtung sehr schwer, so daß ein Zerturn des hannoverschen Platzes erklärlich wäre — so darf ihn der Staat aus seiner Anstalt als Gefangenen nicht eher endgültig verhaften lassen, als wenn er nicht ein Wiederantritt in das Gefängnis eingeleitet hat. Es ist sehr zu wünschen, daß in dieser bisher ungelärten Angelegenheit die „Nordd. Allg. Ztg.“ einmal das Wort ergreift.

Erwählter.

Aus einer dieser Tage erfolgten Erklärung des Beschlusses, daß seine Partei keinen Handelsverträge zustimmen würde, die eine Erhöhung der Getreidezölle über den jetzigen Stand brächten, hat die „Dtsch. Tages-Ztg.“ Veranlassung zu einigen Bemerkungen genommen, die so charakteristisch für dieses Organ des Bundes sind, als daß sie unbedacht bleiben sollten. Das Blatt behauptet den Sozialdemokraten, daß sie gegen jede Erhöhung der Getreidezölle von ihrem Standpunkte aus stimmen lassen, und fährt dann fort:

„Man liegt es aber klar auf der Hand, daß Handelsverträge ohne Erhöhung der Getreidezölle keine Wichtigkeit im Reichstage finden werden. Die Regierung wird sich wirklich bitten, solche Verträge vorzulegen; sollte sie es dennoch tun, so ist die Ablehnung sicher. Wenn also der Abg. Webel erklärt hat, daß seine Partei gegen Handelsverträge mit erhöhten Getreidezöllen unbedingt stimmen werde, so hat er damit ausgesprochen, daß die Sozialdemokraten nach menschlicher Voraussicht Gegner der Handelsverträge sein werden. Wir sind das bestreben, die Handelsverträge zu verhindern, obwohl die Handelsverträge kein unmittelbares und nicht ein gewisses mittelbares Interesse an langfristigen Verträgen hat, sind wir doch entschlossen, für solche Handelsverträge zu stimmen, — vorausgesetzt, daß sie die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft erfüllen und auf dem Grunde der Partei zwischen Landwirtschaft und Industrie aufgebracht sind. Solche Handelsverträge sind uns ausdrücklich verprochen worden. Wir sind also keine Gegner der Handelsverträge, wohl aber sind die Sozialdemokraten bewährte Gegner der allein möglichen Handelsverträge.“

Wenn die „Dtsch. Tages-Ztg.“ bestimmt weiß, daß die Reichsregierung Handelsverträge ohne Erhöhung der Getreidezölle dem Reichstage nicht vorlegen werde, so ist sie selbst auch ebenso fest davon überzeugt, daß, wenn überhaupt Handelsverträge zustande kommen, diese nicht zu entfallen werden, was die Leiter des Bundes der Landwirtschaft als eine Erfüllung der berechtigten Forderungen der Landwirtschaft ansetzen, und daß Handelsverträge, die diese Forderungen erfüllen, ebenso wenig möglich sind, wie ihrer Ansicht nach solche ohne Erhöhung der Getreidezölle. Es ist also eine Entgegensetzung, wenn das agrarische Blatt die Sozialdemokraten als Gegner, keine Gefährdungsmächte, aber als Freunde der „allein möglichen“ Handelsverträge hinstellt. Ist damit nun über die Freude im Reichstag, die ihm Webel's Erklärung bereitet hat, weil sich ihm die Möglichkeit eröffnet, daß diejenigen, die grundsätzlich keine Erhöhung der Getreidezölle wollen, die Handelsverträge zu Folge bringen lassen im Interesse derjenigen, die gegen die Handelsverträge stimmen wollen, weil sie ihrer Gefährlichkeit nicht genügen werden. Die Agrarier um Wan einheim, Hoffentlich und haben wollen überhaupt keine Handelsverträge, wegen oder nicht, ihren Wunsch einzusetzen!

Wahl-„Vorbereitungen“ in Hinterzimmern.

Wie wenig der Verwaltungsausschuss in Hinterzimmern den berechtigten Wünschen der ländlichen Wählerklasse entgegenkommt, zeigt auch bei der diesmaligen Wahl von denen die Abrechnung der besterhaltenen Wahllokale, die die Wahllokale in neutrale Gebäude, d. h. Schulhäuser oder Gasthöfe, zu verlegen. In den meisten Hinterzimmern werden nicht die Wahllokale, vielmehr sogar noch in härteren Räume



